

Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag Rhein-Neckar

Wilfried Weisbrod, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag Rhein Neckar,

13.12.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Landrat,

Werte Kolleginnen und Kollegen,

da unser Fraktionsvorsitzender seinen familiären Verpflichtungen nachkommt, er besucht und sieht zum ersten Mal seinen Enkel, habe ich heute die ehrenvolle Aufgabe, die Gedanken und Vorstellungen unserer Fraktion zum Haushalt, zu unseren politischen Visionen, zu unserer „ökologischen“ Ungeduld, und zu vielen anderen für uns wichtigen Themen nahe zu bringen und um Verständnis und Zustimmung für unsere Sicht der Dinge zu werben.

Sie ahnen es bereits, das ist eine schwierige, keine einfache Aufgabe. Und wer passt da besser, als ein grünes Urgestein, der fast alles im politischen Alltag erlebt hat. Fast alles, aber eines noch nicht, eine Stadt oder einen Landkreis, in dem Bündnis 90/Die Grünen mehr als 50 % der Mandate haben und alles in Ihrem Sinn, nach ihren Vorstellungen gestalten und entscheiden können. Aber ich garantiere Ihnen, ich werde das noch erleben!

Als zweite Erkenntnis, sie ahnen auch dies bereits, wird es einige Dinge geben, die sie sich anhören müssen und vielleicht nicht so gerne hören. Aber sie können sicher sein, wir Grüne müssen uns ebenfalls vieles anhören, was uns nicht so gefällt, was wir gerne anders hätten, wo wir eine Änderungs-, Veränderungs-, Reformfreudigkeit bei der Mehrheit hier im Gremium vermissen.

Wie müssen uns alle im tiefsten Innern unserer Seele doch fragen, machen wir hier im Kreistag eigentlich richtig Politik oder besteht unser Handeln darin, die Vorlagen der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen und an manchen Punkten nur kosmetisch was zu ändern? Denn tatsächlich ist es doch so, dass wir bei Ausschusssitzungen von 10 Punkten auf der Tagesordnung so ungefähr acht zur Kenntnis nehmen, wobei uns manchmal die Verwaltungsvorlage nochmal vorgelesen wird und nur bei zwei Punkten der TO treffen wir Entscheidungen.

Und eine weitere Frage, ist es ein Erfolg, wenn man erreicht, dass der Hebesatz 0,5 Punkte gesenkt wird oder nicht? Okay, sie wissen, wir wissen, ich weiß, dass der Haushalt eines Landkreises einen anderen Hintergrund hat, wie der einer Stadt oder einer Gemeinde. Denn die meisten Aufgaben sind uns zur Erfüllung vorgegeben und nur gering zu beeinflussen.

Die Freiwilligkeitsleistungen eines Kreises befinden sich im einstelligen prozentualen Bereich und genau auf diese können und sollten wir als Kreisrät*innen Einfluss nehmen. Aber und darauf wollen wir, will ich hinaus, es gibt dann gar keine haushaltsrelevanten Anträge der Fraktionen, ist dann doch ein wenig langweilig.

Zugegeben, wenn uns das so auffällt, ist es immer spät, kurz vor den HH-Beratungen, aber nie so spät, okay, ich korrigiere mich, fast nie so spät, dass sie es erst kurz vor den Sitzungen erfahren. Fragen sie mal Ihre Fraktionsvorsitzenden, wann denen die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen zur Kenntnis gebracht wurden.

Was im politischen Alltag auch ganz wichtig ist, auch und gerade für die Wähler*innen, ist zu zeigen, wofür man ist. Ich vermute mal, die Kreisbewohner+innen wissen das zumindest bei Bündnis 90/Die Grünen. Wir sagen das, wir handeln danach, wir fordern und wir wollen mehr Klimaschutz und noch mehr Klimaschutz und regenerative Energie erzeugen und wir üben Kritik, wenn es nach unserer Auffassung zu wenig ist, und wir üben Kritik, wenn wir das Gefühl haben, es wird viel geredet, aber sehr konkret gehandelt wird nicht.

Lassen Sie einfach mal unsere Anträge der letzten Jahre Revue passieren und addieren sie die Summen, die wir für Klimaschutz, Naturschutz und Ökologie gefordert haben. Sie kommen locker auf über 20 Millionen Euro. Eine schöne Summe, die leider nicht verausgabt wurde, weil wir für unsere Anträge keine Mehrheiten gefunden haben.

Ich komme Ihnen ungern mit Walldorf, weil reich usw. aber dort hat meine Fraktion, habe ich 2021 den Antrag gestellt, eine Solaroffensive zu starten. 2022 wurden dann die Mittel einstimmig bewilligt und in diesem Jahr wurden fast 200 Dächer mit Solaranlagen bestückt und wir machen in diesem Sinne jedes Jahr weiter, in den nächsten Jahren kommen Solaranlagen für Gewerbebetriebe und dann Freiflächenanlagen. Wobei wir dann genau darauf achten werden, dass diese auf unserer Gemarkung bei Potenzialanalysen angerechnet werden, wir haben Lobbach-Lobenfeld und Falschangaben bei anderen Gemeinden im Hinterkopf.

Die vergangenen Jahre waren geprägt von der Pandemie und ihren direkten Auswirkungen auf die Menschen, und auf die Kassen. Heute werden die immer noch präsenten Sorgen übertönt vom Kriegslärm. Die militärische Aggression, befohlen von einem eiskalt kalkulierenden Autokraten, versetzt Menschen in Angst und Schrecken, vertreibt Frauen und Kinder aus ihrer Heimat, zwingt Männer in tödliche Gefechte, bringt der Zivilbevölkerung in der Ukraine Hunger und Tod.

Heute können wir, bin ich aber auch stolz darauf Europäer zu sein. Die schon verloren geglaubte Einigkeit wird in dieser Krise wieder erlebbar. Die riesige Hilfsbereitschaft beeindruckt. Und der Rhein-Neckar-Kreis, seine Gemeinden und seine Einwohner zeigen wieder, dass der Sichere Hafen für Vertriebene und Flüchtlinge kein Schlagwort ist, sondern gelebte Solidarität.

Klimaschutz

Das wichtigste Ergebnis in der mit anderthalbtägiger Verspätung beschlossenen Abschlusserklärung bei der UN-Klimakonferenz von 2022 ist die Weichenstellung für einen Fonds zum Ausgleich klimabedingter Schäden. In puncto Klimaschutz-Anstrengungen wurde allerdings kaum nachgelegt. In Deutschland sorgt vor allem Letzteres für Frustration - sowohl in der Politik als auch bei Aktivisten. Das ist beinahe ein Rückfall hinter die Ergebnisse von Paris 2015 und Glasgow 2021,

Das Pariser Klimaschutzabkommen aus dem Jahr 2015 sieht vor, dass die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, bestenfalls auf 1,5 Grad begrenzt werden soll. Es wird davon ausgegangen, dass ein Überschreiten der Erderwärmung um 1,5 Grad die Wahrscheinlichkeit des Erreichens von sogenannten Kippelementen deutlich erhöht. Damit könnten unumkehrbare, sich selbst verstärkende negative Folgen für das globale Klimasystem einhergehen. Für Deutschland wird davon ausgegangen, dass wir bereits eine Erwärmung von etwa 1,6 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit erreicht haben. Was diese Erhitzung bedeutet, spüren wir seit einigen Jahren hautnah: Langanhaltende Hitze- und Dürreperioden folgen aufeinander. Gleichzeitig häufen sich bisher nicht gekannte Starkregenereignisse in Deutschland, auch in unserer Region. Angesichts dieser Katastrophe in Zeitlupe, sollten wir also davon ausgehen können, dass **jedes kommunale Handeln** die Abmilderung der Klimakrise im Blick haben muss.

„Klimaschutz und Klimaanpassung“ werden als strategische Ziele auch oft vom Landrat genannt. Sagen kann man viel und Papier ist geduldig. Wo sind die Taten? Wie so oft fehlt uns bei den Debatten im Kreistag und beim Haushalt die ernsthafte Ambition, konkret etwas für den Klimaschutz tun zu wollen und uns für die Klimafolgen zu rüsten auch mit einem eigenen, wenn auch kleinen, aber nichtsdestotrotz wichtigen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz zu leisten. Der letzte Satz des Vorworts des IPCC-Sonderberichts 2018 lautet: **„Jedes bisschen Erwärmung zählt, jedes Jahr zählt, jede Entscheidung zählt.“** Wir möchten ergänzen: **„Jeder Euro zählt“!**

Der jüngste Bericht des Weltklimarats hat es wieder deutlich vor Augen geführt, was auf den Globus, die Pflanzen, Tiere und Menschen ungebremst zurast. Dass es die ärmeren Kontinente und Menschen am härtesten trifft, darf kein Anlass sein sich zurückzulehnen. Denn wir, in den westlichen Industrieländern, haben viel mehr als sie zum Klimawandel beigetragen. Daher haben wir die Pflicht viel entschlossener zu handeln.

Unsere Anträge

Unseren ersten Antrag auf Finanzierung von W-LAN in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete im Rhein-Neckar-Kreis auf Eistellung von 100.000 Euro haben wir am 29.11. im VuF zurückgenommen, weil der LR auf den grün-schwarzen Koalitionsvertrag hingewiesen hat, in welchem dies als Aufgabe des Landes genannt ist. Er teilte mit, dies in Gespräche mit den Verantwortlichen im Land abklären zu wollen, und teilt uns das Ergebnis mit. Herr Zellner meinte ja gleich, wir sind dann ja gar nicht zuständig. Der Kreistag ist autonom in

seiner freiwilligen Aufgabenstellung, wenn eine Mehrheit etwas möchte, dann kann sie das beschließen. Erfahren Kommunalos wissen das.

Den zweiten Antrag, ein **Förderprogramm für Balkon-PV-Module im Rhein-Neckar-Kreis** zu beschließen und 2023 ein Betrag in Höhe von 150.000 Euro in den HH einzustellen, um Bürgerinnen und Bürgern bei der Energiewende zu unterstützen und insbesondere auch Mieterinnen und Mietern zu ermöglichen, mit der Installation von Balkon-PV-Modulen im Rhein-Neckar-Kreis Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Die Installation von Mikro-PV-Anlagen mit maximal 600 Watt Leistung soll mit einem Zuschuss von 150 Euro pro Anlage gefördert werden.

Als wir im September von dieser Entscheidung des Kreistages im Kreis Bergstraße erfahre haben, haben wir uns gefreut, denn es war das Signal, dass man als Kreis durchaus was in den Gemeinden, bei den Bewohnerinnen was machen kann. Das Argument, wir haben noch niemals konkret Förderungen für Kommunen oder Bürger bezuschusst, muss ich mit Tucholsky begegnen: **Lass dir von niemandem imponieren, der dir erzählt: "Lieber Freund, das machen wir schon 20 Jahre so!" Man kann eine Sache auch 20 Jahre lang falsch machen.**

Als wir dann auch noch erfahren haben, dass der Antrag von den Genossen im Kreis Bergstraße ist, dachten wir, dann müssen doch unsere auch dafür sein! Aber Genosse ist nicht Genosse und der Genuss von Fortschritt dauert im RNK scheinbar noch etwas.

Ja, es gibt schon Gemeinden, die das im RNK fördern, aber es sind nur fünf mit denen man sich auf einen einvernehmlichen Modus einigen kann, aber viele Kommunen werden hier kein eigenes Zuschussprogramm auflegen **können**.

Aber auch hier gibt es vielversprechende Ansätze bei anderen Fraktionen, die scheinbar noch etwas Zeit brauchen, um sich zu setzen und Klarheit zu bekommen. Diese Zeit räumen wir gerne ein und ziehen deshalb unseren Antrag heut zurück, er wird 2023 aber sicher kommen.

Bei einem HH-Volumen von ca. 700 Millionen Euro

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von 676.818.985,13 €

Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von 716.012.476,44 €

Sind die von uns beantragten 250.000 Euro auch im laufenden HH unterzubringen, wenn, werte Kolleg*innen, sie unseren Anträgen entsprechen und zustimmen.

Hebesatz

Der Rhein-Neckar-Kreis hat einen der niedrigsten Hebesätze in Baden-Württemberg, der sich seit Jahren schon deutlich unter dem Durchschnitt bewegt. Die Kreisumlage ist eine solidarische Finanzierungsform.

Ein Ziel des Kreistags kann es auch sein, Möglichkeiten zu suchen, finanzschwache Kommunen über den Kreis gezielt zu unterstützen, insbesondere für ganz konkrete, wichtige Aufgaben wie den Klimaschutz.

Der Kreis selbst hat große Investitionen vor sich, für die ein finanzielles Polster wichtig ist.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist eher zurückhaltend, wenn es um Senkungen der Kreisumlage geht. Das hat vor allem zwei Gründe. Die Kreisumlage bezieht sich auf die Grundlage der Steuerkraftsummen der Kommunen. Steigt die Steuerkraft, also die Einnahmen der Kommunen, dann steigt auch die Kreisumlage in absoluten Zahlen. D.h. Trotz höherer absoluter Umlage haben die Kommunen mehr Geld, bei gleichbleibendem Hebesatz versteht sich. Der zweite Grund ist die Ausgleichsfunktion des Kreises, wie sie im Gesetz festgeschrieben ist. Und diese wird in unseren Augen immer wichtiger. Denn die Steuerkraft der Kommunen driftet immer weiter auseinander. Dabei ähnelt sie der Entwicklung in unserer Gesellschaft. Reiche Kommunen werden reicher, arme werden ärmer und können sich kaum daraus befreien, denn die Rahmenbedingungen sind so wie sie sind. Der Kreis könnte hier eine ausgleichende Funktion übernehmen, es gehört wie gesagt zu seinen Aufgaben. Das geht aber nur, wenn er nicht jeden finanziellen Spielraum qua Senkung der Umlage gleich wieder an die Kommunen zurückgibt. Denn das bedeutet nur, dass die ohnehin wohlhabenden mehr bekommen, als die ohnehin nicht so gut gestellten.

Insgesamt bewertet unsere Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Haushalt 2023 nicht überwiegend positiv. Denn es wird im Bereich Klimaschutz viel zu wenig gemacht. Hier spüren sie sicher in allen Debatten zu diesem Thema unsere – ökologische Ungeduld.

Dennoch werden wir dem Haushalt für 2023 zustimmen, auch dem Hebesatz für 2023 in Höhe 24,50 %.

Möglich ist die Senkung des Hebesatzes, da die freien liquiden Mittel zum Jahresende 2023 gegenüber dem Entwurf (5,2 Mio. €) um 17,0 Mio. € auf 22,2 Mio. € angestiegen sind. Dies ist im Wesentlichen durch die positive Budgetentwicklung 2022, basierend auf der Hochrechnung vom 31.10.2022, begründet, ergänzt um die Verbesserungen bei den Zuweisungen des Landes zum Ausgleich der Mehrkosten im Zusammenhang mit dem Rechtskreiswechsel der Ukraine-Flüchtlinge (+11,1 Mio. €) und den Mehrerträgen (+4,3 Mio. €) aufgrund der 4. Teilzahlung zum FAG 2022. Insbesondere der Kopfbetrag, der die Grundlage zur Berechnung der **Schlüsselzuweisungen vom Land bildet**, wurde unter Berücksichtigung der positiven Ergebnisse der Herbst-Steuerschätzung um weitere 15 € auf **815 €** angehoben.

Konkret müssen wir dann aber nachfragen, wie das mit dem Hinweis auf Seite drei der Vorlage gemeint ist.

Die Finanzplanung für die Jahre **2022** – 2026 wird entsprechend den Anlagen 2 a – d mit folgenden Kreisumlagehebesätzen beschlossen:

- 2024: **30,25 %**
- 2025: **31,00 %**
- 2026: **31,50 %**

Wenn das eine Prognose ist, die dann noch näher verifiziert wird, ist das in Ordnung. Wenn das aber ein Beschluss darstellen soll, wie es heißt, können wir diesem nicht zustimmen und beantragen eine getrennte Abstimmung – denn, wir haben gelernt, wenn man bei Beschlüssen nicht aufpasst, kommt dann ein findiger Landrat und sagt, sie haben diesem Beschluss doch letztes Jahr zugestimmt.

Zum Schuldenstand

Die Verschuldung des Kernhaushalts und des EBVIT soll bis Ende 2026 auf 125,0 Mio. € durch Erwirtschaftung von angemessenen Eigenmitteln zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen begrenzt werden.

Die Finanzplanung geht nach derzeitigem Stand von einem Gesamtschuldenstand des Kernhaushalts und des EBVIT bis Ende 2026 von 124,9 Mio. € aus. Gegenüber dem Stand zum Jahresende 2022 mit voraussichtlich 76,6 Mio. € bedeutet dies einen **Anstieg um 48,3 Mio. €**.

Den Kreditaufnahmen steht in den Jahren 2023 ff. ein umfangreiches Investitionsprogramm des Kreises und des EBVIT mit einem Gesamtvolumen von 179,9 Mio. € gegenüber. Insofern kann ein Teil der vorgesehenen Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen über Eigenmittel finanziert werden. In den Jahren 2023 ff. sind im Kernhaushalt Kreditaufnahmen von 33,3 Mio. € eingeplant. Im Wirtschaftsplan des EBVIT ist in den einzelnen Jahren die Neuaufnahme von Darlehen mit einem Volumen von insgesamt 44,7 Mio. € ausgewiesen. Beim Geburtstag des Landrates war der LR des NOK Dr. Achim Brötel so zu vernehmen, die beiden Kreise nehmen die anderen Landkreise in die Zange. Der RNK von oben, der NOK von unten. Aber der NOK wird seine Schulden im Jahr 2023 auf 8,11 Millionen Euro abbauen.

Zusammenarbeit

Wir gehen fest davon aus, ich muss sie heute mit Tucholsky konfrontieren, er war immer im Kopf, wenn ich mich mit dem Haushalt beschäftigt habe, dass bei der Kreisverwaltung nicht zutrifft, was er mal gesagt hat: **Das deutsche Schicksal: vor einem Schalter zu stehen. Das deutsche Ideal: hinter einem Schalter zu sitzen.**

Nein, wir sind uns sicher, dass Sie das anders machen. Ich kann ich aus eigener Erfahrung sagen, ich habe ein Auto angemeldet, nur die EC-Karte dabei, aber kein Bargeld. Der Kassenautomat für den Parkplatz nimmt nur Bares. Die nette Mitarbeiterin am Empfang hat mir die Münze für das das Parkticket spendiert. Das ist vorbildlich!

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich bei den Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung für die gute Zusammenarbeit, für ihr Engagement in schwierigen Zeiten wie der Pandemie und jetzt bei den gewaltigen Aufgaben, die durch den Krieg in der Ukraine durch die zu uns kommenden Flüchtlinge zu bewältigen ist. Ebenso bedanken wir uns bei der Verwaltungsspitze und dem Landrat für die gegenseitige Wertschätzung, trotz teilweise divergierender Positionen.

Ebenfalls ein Dank an die anderen Fraktionen für das gute gemeinsame Wirken. **Wir sind stark, wenn wir zusammenhalten: die Starken und Schwachen, die Jungen und Alten.** Die Armen und die Reichen.

Zum Schluss und letztmalig noch einmal Tucholsky:

Nichts ist so abscheulich wie der »unpolitische« Mensch. Er tut nämlich immer, als gäbe es ihn, und so schafft er unpolitische Generalanzeiger, unpolitische Magazine, unpolitische Filme, unpolitische Parteien, unpolitische Kreistage.

Die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen wünscht Ihnen allen eine gute Zeit, ein frohes Fest und ein gutes, neues Jahr.